

Stadt Heidelberg

Federführung:
Dezernat III, Amt für Schule und Bildung

Beteiligung:

Betreff:

Einführung neuer Werkrealschulen und Weiterentwicklung der Hauptschulen in Heidelberg

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 20. November 2009

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Kulturausschuss	27.10.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Boxberg	29.10.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Handschuhsheim	04.11.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	05.11.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Bezirksbeirat Kirchheim, Pfaffengrund, Emmertsgrund	10.11.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Kulturausschuss, Haupt- und Finanzausschuss	11.11.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	17.11.2009	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Kulturausschuss, der Bezirksbeirat Boxberg, der Bezirksbeirat Handschuhsheim und der Haupt- und Finanzausschuss empfehlen dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

- 1. Für die Albert-Schweitzer-Schule, die Geschwister-Scholl-Schule und die Internationale Gesamtschule Heidelberg werden beim Land Anträge auf Einrichtung von Werkrealschulen gestellt.*
- 2. Die Hauptschulzweige der Heiligenbergschule und der Waldparkschule werden geschlossen.*
- 3. Die neuen Werkrealschulen sind ab Schuljahr 2010/2011 per Gesetz Wahlschulen und haben somit keine Schulbezirke mehr. Von der Möglichkeit als Schulträger übergangsweise Schulbezirke einzurichten, wird kein Gebrauch gemacht.*

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
A 01	Schülerzahlen und Klassenzahlen
A 02	Inhaltlicher Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.10.2009 - Sachantrag -
A 03	Inhaltlicher Antrag Bündnis 90 / Die Grünen vom 20.10.2009 - Antrag auf Zuziehung -
A 04	Schreiben des Dezernats III vom 23.10.2009
A 05	Inhaltlicher Antrag der SPD-Fraktion vom 27.10.2009
A 06	Inhaltlicher Antrag der Fraktionsgemeinschaft Grüne/generation.hd vom 27.10.2009
A 07	Inhaltlicher Antrag der Arbeitsgemeinschaft GAL/HD – Pflegen und Erhalten vom 27.10.2009
A 08	Erste Ergänzung mit Datum vom 02.11.2009
A 09	Inhaltlicher Antrag der GAL-Gemeinderatsfraktion vom 30.10.2009
A 10	Inhaltlicher Antrag der Bunte Linke / Die Linke vom 02.11.2009
A 11	Schreiben - Oberbürgermeister vom 09.11.2009 Vertraulich – nur zur Beratung in den Gremien!
A 12	Inhaltlicher Antrag der generation.hd vom 10.11.2009
A 13	Inhaltlicher Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.2009
A 14	Inhaltlicher Antrag der Fraktionsgemeinschaft Grüne/generation.hd vom 11.11.2009
A 15	Statistik – Aktuelle Schülerzahlen
A 16	Inhaltlicher Antrag von GAL und SPD vom 17.11.2009

Sitzung des Kulturausschusses vom 27.10.2009

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses vom 27.10.2009

2.1 ö Einführung neuer Werkrealschulen und Weiterentwicklung der Hauptschulen in Heidelberg

Beschlussvorlage 0342/2009/BV

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadträtin Dr. Schuster, Stadtrat Gund, Stadträtin Dr. Trabold, Stadträtin Paschen, Stadtrat Rehm, Stadträtin Dr. Werner-Jensen, Stadträtin Stolz, Stadträtin Essig

Bürgermeister Dr. Gerner und Herr Brühl erläutern die Vorlage. Herr Brühl betont, dass die Initiative vom Land aus ging, dass man das vorhandene Schulsystem in Heidelberg weiterentwickeln müsse und dass man die Erwartungen der Elternschaft hinsichtlich der Empfehlungen für weiterführende Schulen berücksichtigen müsse, d.h., wenn die Empfehlung auf „Hauptschule/Werkrealschule“ laute, dann müsse auch das Angebot „Werkrealschule“ vorhanden sein.

Nach Anhörung von Prof. Dr. Bantel als Vorsitzender des Gesamtelternbeirates und Diskussion über Zeitdruck sowie Vorteile und Konsequenzen verschiedener Entscheidungsvarianten wird betont, dass die zuvor eingereichten Anträge, alle als eingebracht gelten, und man bittet um Abarbeitung der Anträge.

Bürgermeister Dr. Gerner stellt auf Anfrage klar, dass eine Anhörung der betroffenen Schulleitungen hier formal nicht innerhalb der Sitzung möglich sei, man könne die Sitzung auf Antrag des Gremiums jedoch unterbrechen und die anwesenden Vertreter der betroffenen Schulen befragen. Stadträtin Dr. Greven-Aschoff stellt zunächst den Antrag auf Unterbrechung der Sitzung und Anhörung der anwesenden Schulleiter, zieht den Antrag aber nach veränderter Diskussionslage wieder zurück. Da durch die Schulferien nicht alle betroffenen Schulen vertreten sind, wird aus Gründen der Gleichbehandlung und nach intensiver Diskussion aus der Mitte des Kulturausschusses folgender **Antrag** zur Abstimmung gestellt:

Behandlung des Tagesordnungspunktes in einer gemeinsamen öffentlichen Sondersitzung des Kulturausschusses sowie Haupt- und Finanzausschusses am 5. November 2009 um 17 Uhr (vor der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses) mit Anhörung der Schulleitungen oder deren Vertreter aller fünf betroffenen Schulen: IGH, Geschwister-Scholl-Schule, Waldparkschule, Heiligenbergschule, Albert-Schweitzer-Schule.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: ohne Beschlussempfehlung, mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Bezirksbeirates Boxberg vom 29.10.2009

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Boxberg vom 29.10.2009

1 Einführung neuer Werkrealschulen und Weiterentwicklung der Hauptschulen in Heidelberg

Beschlussvorlage 0342/2009/BV

Die oben genannte Beschlussvorlage wurde mit der Einladung zur heutigen Sitzung übersandt. Das Ergebnisblatt des Kulturausschusses mit den Anlagen 4 bis 7 vom 27.10.2009 wird als Tischvorlage ausgeteilt.

Herr Brühl vom Amt für Schule und Bildung erläutert den wesentlichen Inhalt der Beschlussvorlage. Er begründet, weshalb die Waldparkschule Boxberg als Hauptschule geschlossen werden soll und zeigt die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten auf.

Es melden sich zu Wort: Bezirksbeirat Mantei, Bezirksbeirat Geiselhart, Bezirksbeirat Moser, Bezirksbeirätin Nüßgen, Bezirksbeirat Schwall, Bezirksbeirätin Glaß, Kinderbeauftragte Bayer, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadtrat Rehm.

In der Aussprache werden folgende Punkte vorgetragen:

- Es muss gewährleistet sein, dass die Busverbindungen reibungslos in die Stadtteile Pfaffengrund und Kirchheim verlaufen.
- Die Unterstützung der Schüler/innen mit Migrationshintergrund muss auch an den anderen Schulen fortgesetzt werden.
- Die Mittel für die Schulsozialarbeit sollen bei der Schließung der beiden Hauptschulen nicht gekürzt werden, sondern neu auf die Werkrealschulen verteilt werden.
- Die Hauptschule sollte erhalten bleiben.
- Weshalb wurde der Bezirksbeirat Emmertsgrund zur heutigen Sitzung nicht eingeladen? Sehr viele Kinder vom Stadtteil Emmertsgrund besuchen die Waldparkschule. Der Stadtteil ist ebenfalls betroffen.

Danach erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung:

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 05:02:01 Stimmen

gezeichnet
Hans Joachim Schmidt
Vorsitzender

Ergebnis: Zustimmung zur Beschlussempfehlung
Ja 5 Nein 2 Enthaltung 1

Sitzung des Bezirksbeirates Handschuhsheim vom 04.11.2009

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates Handschuhsheim vom 4.11.2009

1 Einführung neuer Werkrealschulen und Weiterentwicklung der Hauptschulen in Heidelberg Beschlussvorlage 0342/2009/BV

Die oben genannte Beschlussvorlage wurde mit der Einladung zur heutigen Sitzung übersandt. Das Ergebnis der Sitzung des Bezirksbeirates Boxberg vom 29.10.2009 sowie die Anlagen 8 – 10 wurden als Tischvorlage ausgeteilt.

Bürgermeister Dr. Gerner und Herr Brühl vom Amt für Schule und Bildung erläutern den wesentlichen Inhalt der Beschlussvorlage und beantworten die Fragen des Bezirksbeirates.

Es melden sich zu Wort: Bezirksbeirat Heinzmann, Bezirksbeirat Stierle, Bezirksbeirätin Schmidt-Sielaff, Stadträtin Schuster, Bezirksbeirat Wetzels, Bezirksbeirat Seeger-Kelbe, Kinderbeauftragter Dr. Dietenberger, Bezirksbeirat Bechtel, Stadtrat Wetzels, Kinderbeauftragte Moser.

In der Aussprache werden folgende Punkte vorgetragen:

- Der vorgegebene Zeitdruck wird von Seiten des Bezirksbeirates nicht gesehen. Es wird empfohlen, noch ein weiteres Jahr abzuwarten, um zu sehen, wie sich die Schülerzahlen entwickeln und in welche Schule sie gehen werden.
- Die Heiligenbergschule sollte als Hauptschule erhalten bleiben mit der Möglichkeit, eine neue Werkrealschule zu werden. Einige Voraussetzungen sind bereits vorhanden.
- Eine Werkrealschule neuen Typs sollte auf jeden Fall im Norden Heidelbergs angeboten werden.
- Die Schulbezirke für die Hauptschulen sollen aufgehoben werden.
- Es gibt Schüler, die den Sprung auf eine Werkrealschule neuen Typs nicht schaffen werden. Eine kleine Schule kann diese Kinder besser betreuen.
- Kooperation mit anderen benachbarten Schulen, zum Beispiel mit Dossenheim.

In zwei Sitzungsunterbrechungen von 18:55 Uhr bis 19:15 Uhr und von 19:34 Uhr bis 19:37 Uhr haben die Elternsprecher sowie die stellvertretende Schulleiterin der Heiligenbergschule Gelegenheit, sich zu äußern.

Von Seiten der Elternvertreter wird appelliert, die Hauptschule zu erhalten, da die Werkrealschule neuen Typs bereits an der Heiligenbergschule mit besonders engagierten Lehrern gelebt wird. Auch wenn der Hauptschulzweig geschlossen werden sollte, ist eine dringende Sanierung der sanitären Anlagen sowie eine Mensa dringend notwendig.

Die stellvertretende Schulleiterin unterstützt die Aussagen der Elternvertreter. Die Heiligenbergschule hat starkes Interesse auf Erhalt der Hauptschule, weil sie selbst den Antrag auf Einrichtung einer Werkrealschule neuen Typs stellen möchte.

Danach werden folgende Anträge gestellt:

Bezirksbeirat Stierle (Bunte Linke/Linke):

1. die Schulbezirke für die Hauptschulen in Heidelberg werden unverzüglich aufgehoben.
2. die Beschlussvorlage 0342/2009/BV wird nicht befasst.
3. der Hauptschulzweig an der Heiligenbergschule bleibt bestehen.

Bezirksbeirat Pollich (CDU):

im Punkt 1 des Beschlussvorschlags soll die „Albert-Schweitzer-Schule“ gestrichen und um den Satz: „Der Standort der dritten Werkrealschule wird später nachgereicht.“ ergänzt werden.

Punkt 2 soll gestrichen und Punkt 3 - wie vorgegeben - übernommen werden.

Bezirksbeirat Bechtel (SPD):

Der Bezirksbeirat Handschuhsheim bittet die Verwaltung, vor dem Hintergrund der erfolgreich geleisteten Arbeit und der schon erfolgten Ausrichtung auf die Werkrealschule neuen Typs, den Antrag der Heiligenbergschule auf Einführung einer Werkrealschule neuen Typs aufzugreifen und in das neue Konzept zur Weiterentwicklung der Werkrealschule und Hauptschulen einzuarbeiten.

Bezirksbeirätin Schmidt-Sielaff (SPD):

Der Bezirksbeirat Handschuhsheim empfiehlt dem Gemeinderat, den Zeitdruck aus der Entscheidung Werkrealschule herauszunehmen und eine Entscheidung erst für das übernächste Schuljahr vorzusehen (das heißt Nichtbefassung).

Bezirksbeirat Stierle (Bunte Linke/Linke) stellt den modifizierten **Antrag:**

Der Bezirksbeirat empfiehlt dem Gemeinderat,

1. die Schulbezirke für die Hauptschulen in Heidelberg unverzüglich aufzuheben
2. die Nichtbefassung der Beschlussvorlage, die Herausnahme des Zeitdrucks aus der Entscheidung Werkrealschule und eine Entscheidung erst für das übernächste Schuljahr 2011/2012 vorzusehen.
3. den Hauptschulzweig der Heiligenbergschule zu erhalten und seine Weiterentwicklung zu fördern.

Auf Wunsch des Bezirksbeirates erfolgt getrennte Abstimmung:

Abstimmungsergebnis zu 1: einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis zu 2: beschlossen mit 09:08:00 Stimmen

Abstimmungsergebnis zu 3: beschlossen mit 10:01:06 Stimmen

gez.

Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: vertagt mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 05.11.2009

Ergebnis: vor Eintritt in die Tagesordnung abgesetzt

Sitzung der Bezirksbeiräte Kirchheim, Pfaffengrund und Emmertsgrund vom 10.11.2009

Ergebnis der gemeinsamen öffentlichen Sitzung der Bezirksbeiräte Emmertsgrund, Kirchheim und Pfaffengrund am 10.11.2009

1 Einführung neuer Werkrealschulen und Weiterentwicklung der Hauptschulen in Heidelberg

Beschlussvorlage 0342/2009/BV

Die oben genannte Beschlussvorlage wurde mit der Einladung zur heutigen Sitzung übersandt. Die Anlagen 9 – 12 wurden als Tischvorlage verteilt.

Bürgermeister Dr. Gerner und Herr Brühl vom Amt für Schule und Bildung erläutern die Vorlage.

In der Aussprache melden sich zu Wort: Bezirksbeirat Martin (Pfaffengrund), Herr Dr. Hippelein vom Stadtteilverein Emmertsgrund, Bezirksbeirat Pogadl (Kirchheim), Bezirksbeirätin Heldner (Kirchheim), Bezirksbeirat Würtele (Kirchheim), Kinderbeauftragte Pflüger (Kirchheim), Bezirksbeirätin Floß (Pfaffengrund), Bezirksbeirat Kellner (Pfaffengrund), Bezirksbeirätin Dr. Mollenkopf (Emmertsgrund), Bezirksbeirat Wichmann (Pfaffengrund), Kinderbeauftragter Pfeiffer (Kirchheim), Bezirksbeirätin Hörner (Kirchheim), Bezirksbeirat Herth (Emmertsgrund), Bezirksbeirat Prof. Dr. Kreye (Emmertsgrund), Bezirksbeirätin Simmons (Emmertsgrund), Bezirksbeirat Schwabbaur (Pfaffengrund), Stadtrat Frank Wetzels, Bezirksbeirätin Falk (Emmertsgrund), Bezirksbeirat Gottfried (Kirchheim), Bezirksbeirat Cieslok (Pfaffengrund), Bezirksbeirat Rehm (Kirchheim)

Bürgermeister Dr. Gerner und Herr Brühl beantworten die Fragen.

- Eine neue Werkrealschule sollte auch im nördlichen Teil Heidelbergs vorhanden sein.
- Eine Eilbedürftigkeit wird nicht gesehen.
- Die Aufhebung der Schulbezirksgrenzen soll noch abgewartet werden, um den genauen Bedarf ermitteln zu können.
- Negative Auswirkungen bei „Abwandern“ der Kinder in Schulen anderer Stadtteile.
- Kinder mit Migrationshintergrund haben es schwieriger. Die Nähe zum Wohnort/Wohnung ist wichtig.
- Die Waldparkschule soll erhalten bleiben.
- Verbesserung der Busverbindungen zu den Stadtteilen.

Es folgt getrennte Abstimmung:

Abstimmungsergebnis Emmertsgrund: 05:04:00 Stimmen (beschlossen)

Abstimmungsergebnis Pfaffengrund: 11:02:00 Stimmen (beschlossen)

Abstimmungsergebnis Kirchheim: 04:09:00 Stimmen (abgelehnt)

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner
Bürgermeister

Ergebnis: teilweise beschlossen, teilweise abgelehnt

Sondersitzung des Kulturausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.11.2009

Ergebnis der öffentlichen Sondersitzung des Kulturausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses vom 11.11.2009

1.1 Einführung neuer Werkrealschulen und Weiterentwicklung der Hauptschulen in Heidelberg

Beschlussvorlage 0342/2009/BV

Das Ergebnis der gemeinsamen Sitzung der Bezirksbeiräte Emmertsgrund, Kirchheim und Pfaffengrund vom 10.11.2009, der schriftliche Antrag von generation.hd vom 10.11.2009 (Anlage 12 zur Drucksache) und der schriftliche Antrag der SPD-Fraktion vom 11.11.2009 (Anlage 13 zur Drucksache) werden als Tischvorlage verteilt.

Oberbürgermeister Dr. Würzner stellt auf Frage von Stadträtin Dr. Greven-Aschoff die Beschlussfähigkeit des Kulturausschusses und die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Finanzausschusses fest.

Auf die Frage von Stadträtin Paschen bezüglich der Anhörung des Ausländer- und Migrationsrates antwortet Bürgermeister Erichson, dass die Mitglieder des Ausländer- und Migrationsrates zur heutigen Sitzung eingeladen wurden.

In einer Sitzungsunterbrechung besteht die Möglichkeit zur Anhörung des Ausländer- und Migrationsrates. Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt eine Sitzungsunterbrechung nach der ersten Frage- und Antwortrunde zu.

Oberbürgermeister Dr. Würzner weist auf die bisherige gemeinderätliche Beratungsfolge und die Beratungsergebnisse hin. Er und Bürgermeister Dr. Gerner führen inhaltlich in das Thema ein und erläutern wesentliche Punkte. Herr Brühl, der Leiter des Amtes für Schule und Bildung, stellt ausführlich die Konzeption der Stadtverwaltung entsprechend der Beschlussvorlage dar.

Die hinzugezogenen Schulleiterinnen und Schulleiter sowie der Gesamtelternbeirat legen ihre Standpunkte dar.

Es sprechen

- Rektor Engelhardt – Waldparkschule
- Rektorin Aakerlund – Heiligenbergschule
- Oberstudiendirektor Born - Internationale Gesamtschule Heidelberg
- Rektorin Ahrendt-Müller – Geschwister-Scholl-Schule
- Rektorin Bohne-Becker – Albert-Schweitzer-Schule
- Herr Prof. Dr. Bantel für den Gesamtelternbeirat.

Herr Engelhardt und Frau Aakerlund sprechen sich gegen die Schließung ihrer Schulen aus. Sie informieren auch darüber, dass ihre Schulen nach dem Beschluss der schulischen Gremien den Antrag auf Einrichtung einer Werkrealschule in neuer Form bei der Stadtverwaltung gestellt haben. Somit könne der Schulträger jetzt die jeweiligen Anträge beim Land Baden-Württemberg stellen.

Herr Prof. Dr. Bantel plädiert für die Erhaltung der Waldparkschule und der Heiligenbergschule. Er geht detailliert auf den besonderen pädagogischen Förderungsbedarf, die wertvolle pädagogische Arbeit, das intakte Team der Jugendarbeit, die Öffnung der Schulbezirksgrenzen, die Schülerzahlen, die neuen Bildungspläne (bei allen 3 Schulty-

pen, das sind: „Hauptschule bisheriger Typ“, „Werkrealschule alte Form“, „Werkrealschule neue Form“, ab dem Schuljahr 2010/2011 gleich), die Möglichkeiten des Wechsels von einer Hauptschulform zur anderen, der Standortproblematik und den möglichen Austausch mit den Umlandgemeinden ein.

Es melden sich zu Wort: Stadträtin Stolz, Stadträtin Deckwart-Boller, Stadträtin Dr. Trabold, Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadtrat Weiss, Stadträtin Paschen, Stadtrat Holschuh, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Rehm, Stadträtin Dr. Werner-Jensen, Stadtrat Gund, Stadträtin Hollinger, Stadträtin Dr. Greven-Aschoff, Stadträtin Dotter

In der Aussprache werden die bereits aus anderen Sitzungen vorliegenden Anträge und die heute als Tischvorlage verteilten Anträge begründet beziehungsweise modifiziert. Stadträtin Deckwart-Boller stellt für Fraktionsgemeinschaft Die Grünen/gen.hd folgenden

Antrag und begründet diesen.

Für die Heidelberger Hauptschulen wird kein Antrag zur Weiterentwicklung als Werkrealschule für das Schuljahr 2010/2011 gestellt.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Entscheidungsprozess zu gestalten, in dem alle Beteiligten – d.h. Schulleitungen mit den Lehrer/innen, Eltern und Schüler/innen sowie potentielle Arbeitgeber/innen – einbezogen werden. Ziel ist es, dem Gemeinderat die für eine fundierte Entscheidung notwendigen Informationen für einen Antrag, bezogen auf das Schuljahr 2011/2012 zur Verfügung zu stellen. Ebenso muss das kreative Potential der Beteiligten und bereits jetzt bestehende Ansätze genutzt werden, um möglichen Alternativen zu erarbeiten.

In der Diskussion werden folgende Punkte angesprochen:

- Aufhebung der Schulbezirksgrenzen und die Auswirkungen
- Entwicklung der Schülerströme
- Auslegung/Begründung des Landesgesetzes vom 30.07.2009
- unnötiger Zeitdruck wegen der Antragsfristen
- Unterschiede zwischen den Schulformen Hauptschule/Werkrealschule alten und neuen Typs
- Bestandsschutz / Perspektiven für die Hauptschulen
- Schulform „Basisschule“ / Bildungshäuser
- Konsequenzen, die sich aus der Abstimmung über die verschiedenen Anträge ergeben
- Bewältigung der „Informationsflut“

=== Sitzungsunterbrechung um 20:30 Uhr ===

Der Vorsitzende des Ausländer- und Migrationsrates, Herr Michael Mwa Allimadi, geht bei seiner Stellungnahme insbesondere auf die Integration und Entstigmatisierung von Hauptschülern mit besonderem Betreuungsbedarf beziehungsweise Migrationshintergrund ein. Er plädiert dafür, keine vorschnellen Entscheidungen zu treffen, sondern sich Zeit zu nehmen, neue kreative Ideen zu entwickeln, um Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund zu entstigmatisieren.

Herr Hager-Mann als Vertreter des Staatlichen Schulamtes Mannheim wiederholt die wesentlichen Merkmale der Werkrealschule neuer Form, geht auf die Bewertungskriterien

des Staatlichen Schulamtes, die Fortbildungsoffensive für Lehrerinnen und Lehrer, die Studententafel und den Klassenteiler ein und beantwortet die Fragen der Stadträtinnen und Stadträte.

Die Antwort auf die Frage nach den Ressourcen von Seiten des Landes zur Umsetzung war für die Ausschussmitglieder unbefriedigend.

=== Fortsetzung der Sitzung um 20:50 Uhr ===

Oberbürgermeister Dr. Würzner hält abschließend fest, im Meinungsaustausch sei deutlich geworden, dass eine Übereinstimmung darin bestehe, die Schulbezirksgrenzen aufzuheben.

Er stellt außerdem fest, dass durch die heute gewonnenen Informationen noch Beratungsbedarf innerhalb der Fraktionen besteht und schlägt vor, die Beschlussvorlage ohne Beschlussempfehlung dem Gemeinderat in der Sitzung am 17.11.2009 zur Entscheidung vorzulegen.

Eine Abstimmung über die Anträge erfolgt nicht. Sie gelten als eingebracht und werden für die Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2009 berücksichtigt.

Die Mitglieder des Kulturausschusses und des Haupt- und Finanzausschusses sind mit diesem Vorgehen einverstanden

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: ohne Beschlussempfehlung behandelt

Sitzung des Gemeinderates vom 17.11.2009

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 17.11.2009:

5 Einführung neuer Werkrealschulen und Weiterentwicklung der Hauptschulen in Heidelberg

Beschlussvorlage 0342/2009/BV

Es melden sich zu Wort: Stadträtin Prof. Dr. Schuster, Stadträtin Paschen, Stadtrat Dr. Gradel, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadträtin Dotter, Stadträtin Deckwart-Boller, Stadträtin Dr. Trabold, Stadträtin Dr. Lorenz, Stadtrat Eckert, Stadträtin Stolz, Stadträtin Dr. Werner-Jensen, Stadtrat Weiss, Stadtrat Lachenauer, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Wetzel, Stadträtin Hollinger, Stadtrat Holschuh, Stadtrat Michalski

Folgende Anträge werden eingebracht:

Antrag der SPD- und GAL-Fraktion, dem sich ebenfalls die **Fraktion „Die Heidelberger“**, **FDP-Fraktion und Heidelberg pflegen und erhalten** anschließen (Anlage 16 der Vorlage)

- Die Schulbezirksgrenzen werden zum kommenden Schuljahr geöffnet.
- Alle Anträge der Schulen auf Einrichtung einer Werkrealschule werden an das Regierungspräsidium weitergereicht.
- Die Auswirkungen der Entscheidung des Regierungspräsidiums und die daraus resultierende Entwicklung in den Schulen (Schülerzahlen, Klassenstärke etc.) soll unter Einbeziehung der Schulen in einem laufenden Prozess bis 2011 konzeptionell begleitet werden.
- Das Amt für Schule und Bildung informiert zeitgleich mit dem Versand der Schulempfehlungen im kommenden Frühjahr alle Eltern über die aktuelle Situation und insbesondere darüber, dass Kindern, die neu auf welche Art von Haupt- oder Werkrealschulen wechseln, in den ersten beiden Schuljahren durch die Schulwahl keinerlei Nachteile entstehen.
- Spätestens im 1. HJ 2011 muss die Situation der Heidelberger Hauptschulen abschließend in den gemeinderätlichen Gremien beraten werden.

Antrag der Grüne-Fraktion und gen. hd, dem sich die Bunte Linke anschließt (Anlage 14 der Vorlage):

- Für die Heidelberger Hauptschulen wird kein Antrag zur Weiterentwicklung als Werkrealschule neuen Typs für das Schuljahr 2010/2011 gestellt.
- Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen Entscheidungsprozess zu gestalten (Werkstattgespräche), in dem alle Beteiligten – d. h. Schulleitungen mit den Lehrer/innen, Eltern und Schüler/innen sowie potentielle Arbeitgeber/innen – einbezogen werden. Ziel ist es, dem Gemeinderat die für eine fundierte Entscheidung notwendigen Informationen für einen Antrag, bezogen auf das Schuljahr 2011/2012 zur Verfügung zu stellen. Ebenso muss das kreative Potential der Beteiligten und bereits jetzt bestehende Ansätze genutzt werden, um mögliche Alternativen zu erarbeiten.

Antrag von Stadträtin Dotter

- Einrichtung von Werkrealschulen neuen Typs nur für die Geschwister-Scholl-Schule und die Internationale Gesamtschule Heidelberg
- Ablehnung der Schließung der Hauptschulzweige der Heiligenbergschule und Waldparkschule
- Auflösung der Schulbezirksgrenzen

Geschäftsordnungsantrag von Stadträtin Marggraf

Schluss der Rednerliste

Der Antrag wird entsprechend unterstützt und von Oberbürgermeister Dr. Würzner zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis: mit 23 : 10 : 1 Stimme beschlossen

Die noch verbleibenden Wortmeldungen von Stadtrat Lachenauer, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadtrat Cofie-Nunoo, Stadtrat Wetzel, Stadträtin Hollinger, Stadtrat Holschuh, Stadtrat Michalski, Stadtrat Eckert werden nacheinander aufgerufen.

Geschäftsordnungsantrag von Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz

Sitzungsunterbrechung

Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

>> Sitzungsunterbrechung von 20.23 Uhr bis 20.32 Uhr <<

Im Laufe der Diskussion, geht es im Wesentlichen um das Für und Wieder beziehungsweise Risiken einer Antragstellung aller Hauptschulen auf Werkrealschule neuen Typs.

Nach der erfolgten Sitzungsunterbrechung einigt man sich darauf, aus den eingebrachten Anträgen nur noch Teile davon zur Abstimmung zu stellen.

Dies sind:

Die Schulbezirksgrenzen werden zum kommenden Schuljahr geöffnet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Für die Heidelberger Hauptschulen wird kein Antrag zur Weiterentwicklung als Werkrealschule neuen Typs für das Schuljahr 2010/2011 gestellt.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt mit 10 : 27 Stimmen

Alle Anträge der Schulen auf Einrichtung einer Werkrealschule werden an das Regierungspräsidium weitergereicht.

Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 26 : 11 Stimmen

Beschluss des Gemeinderates:

- *Die Schulbezirksgrenzen werden zum kommenden Schuljahr geöffnet.*
- *Alle Anträge der Schulen auf Einrichtung einer Werkrealschule werden an das Regierungspräsidium weitergereicht.*

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: beschlossen

A. Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
QU 1	+	Solide Haushaltsführung Begründung: Durch die Konzentration der Werkrealschulen ist ein gezielter Ressourceneinsatz gegeben.
SOZ 9	+	Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern Begründung: Durch die Konzentration der neuen Werkrealschulen in Heidelberg wird jungen Menschen eine bessere Möglichkeit zu einer qualifizierten schulischen Ausbildung geboten.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

B. Begründung:

1. Entwicklung der Heidelberger Hauptschulen

In den letzten Jahren hat die Zahl der Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Heidelberg sehr stark abgenommen. Deshalb hat der Gemeinderat am 02.08.2006 beschlossen, entsprechend dem mit der staatlichen Schulverwaltung erstellten Konzept zur Weiterentwicklung der Heidelberger Hauptschulen, die Anzahl der Hauptschulen auf vier Standorte in den Stadtteilen Handschuhsheim (Heiligenbergschule), Pfaffengrund (Albert-Schweitzer-Schule), Kirchheim (Geschwister-Scholl-Schule-Ganztageschule) und Boxberg (Waldparkschule-Ganztageschule) zu reduzieren (DS: 0215/2006/BV). Die Zielsetzung dieser Reduzierung war, eine stabile Zweizügigkeit an den verbleibenden Hauptschulen sicherzustellen. Denn eine Zweizügigkeit wurde und wird von allen Beteiligten aus pädagogischen Gründen als dringend notwendig erachtet, da nur so differenzierte Angebote möglich sind, die Jugendlichen entsprechend ihrer Fähigkeiten zu fördern. Diese Reduzierung auf vier Hauptschulen ist in Heidelberg mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 abgeschlossen.

Mittlerweile ist festzustellen, dass ein weiterer Rückgang der Hauptschülerinnen und Hauptschüler in Heidelberg eingetreten ist und nur an der Geschwister-Scholl-Schule, die eine Ganztageschule ist, eine stabile Zweizügigkeit eingetreten ist. Weder an der Waldparkschule, die ebenfalls eine Ganztageschule ist, noch an der Heiligenbergschule und an der Albert-Schweitzer-Schule ist eine durchgängige Zweizügigkeit gegeben. Die Schülerzahlen der vier Schulen sind als **Anlage 1** beigefügt.

Insgesamt ging die Zahl der Hauptschüler und Hauptschülerinnen von 991 im Schuljahr 2004/2005 auf 798 im Schuljahr 2006/2007 zurück. Dieser Hauptschülerrückgang hat sich fortgesetzt. Im Schuljahr 2008/2009 besuchten 664 Schülerinnen und Schüler die Hauptschule und im neuen Schuljahr 2009/2010 sank die Zahl der Hauptschülerinnen und Hauptschüler auf 595.

2. Gesetz zur Einführung der Werkrealschulen des Landes Baden-Württemberg

Der Landtag von Baden-Württemberg hat am 30. Juli 2009 das Gesetz zur Einführung der Werkrealschulen beschlossen. Die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Werkrealschule ist ein zentrales bildungspolitisches Ziel der Landesregierung. Mit der Weiterentwicklung der Hauptschule zur Werkrealschule verbindet die Landesregierung das Ziel, das Profil dieser Schulart weiter zu schärfen und die Anschlussperspektiven deutlicher zu machen. Pädagogisches Leitprinzip der Werkrealschule ist die durchgängige individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, eine intensiviertere Berufswegeplanung in allen Klassenstufen, eine stärkere berufsbezogene Orientierung durch die Einführung von Wahlpflichtfächer in den Klassen 8 und 9 sowie die enge Kooperation mit den Berufsfachschulen im Unterricht der Klasse 10. Diese Verbindung von individueller Förderung mit einer konsequenten Stärkung der Ausbildungsreife eröffnet (neben dem Realschulabschluss) einen weiteren Bildungsgang zur Mittleren Reife. Das Gesetz zur Einführung der Werkrealschulen erklärt, dass die pädagogische Konzeption der Werkrealschule an mindestens zweizügigen Schulen optimal verwirklicht werden kann. Um besonderen Gegebenheiten Rechnung tragen zu können, lässt das Gesetz in begründeten Einzelfällen auch eine Aufteilung der Werkrealschule auf mehrere Standorte unter einer Leitung zu. So ist es denkbar, dass eine unter einer Leitung stehende Werkrealschule beispielsweise die gesamten Klassen 5 bis 7 zweizügig am Standort A und die gesamten Klassen 8 bis 10 zweizügig am Standort B führt (horizontale Teilung). Nicht ausgeschlossen sind auch Elemente einer vertikalen Teilung. Dies bedeutet, dass die Klassenstufen 5 bis 7 einer unter einer Leitung stehenden Werkrealschule im Ausnahmefall auch einzügig auf zwei oder mehr Schulstandorte verteilt werden können. Dies gilt vor allem für örtliche Konstellationen, in denen nur auf diese Weise die Bildung einer Werkrealschule ermöglicht werden kann. Die Klassenstufen 8 bis 10 sollen aber mindestens zweizügig geführt werden. Diese Möglichkeiten wurden für die Schulen in Heidelberg geprüft, aber als nicht sinnvoll erachtet. Denn bei der Aufteilung der Werkrealschule auf mehrere Standorte unterliegt die Schule einer Leitung und somit würden Fragen der Zuständigkeiten für die Schulen erschwert werden, da die verbleibende Grundschule eine eigene Leitung hätte. Sowohl die Organisation der Krankheitsvertretung als auch die Weiterentwicklung des Lehrerkollegiums wären bei einer Aufteilung nicht einfach zu bewältigen. Für den Stadtkreis Heidelberg macht deshalb eine Aufteilung der Werkrealschule auf mehrere Standorte keinen Sinn. Aus pädagogischen Gründen ist weiterhin eine durchgängige und stabile Zweizügigkeit zur besseren Förderung der Schülerinnen und Schüler anzustreben.

Für jede Hauptschule, die Werkrealschule in neuer Form werden soll, muss der Schulträger einen Antrag beim Land stellen. Soll es in Heidelberg ab dem Schuljahr 2010/2011 eine Werkrealschule in neuer Form geben, muss der Antrag bis 15. Dezember 2009 dem Ministerium vorliegen. Auch der Städtetag Baden-Württemberg appelliert, die Einführung der neuen Werkrealschule zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu vollziehen. Dieser enge zeitliche Rahmen setzt die Stadt Heidelberg unter Handlungsdruck und erschwert auch die politische Gremienberatung bis zur Entscheidung des Gemeinderates. Eine Fristverlängerung über den 15. Dezember hinaus ist nicht möglich, denn nach Aussage des Regierungspräsidiums Karlsruhe muss die Genehmigung der Werkrealschulen bis zum 31. Januar 2010 erfolgen. Denn nur so wird sichergestellt, dass die Eltern der Grundschul Kinder mit Hauptschul-/Werkrealschulempfehlung wissen, wo Werkrealschulen neuen Typs eingerichtet werden und somit für die Eltern eine Wahlentscheidung möglich wird.

Damit die drei Heidelberger Schulen, die bereits zum Schuljahr 2010/2011 Werkrealschulen neuen Typs werden wollen die Chance haben, innerhalb der vom Regierungspräsidium gesetzten Frist ihre Anträge abgeben zu können, muss die Beratung in den gemeinderätlichen Gremien zwingend bis zum 17. November 2009 erfolgen. Aus diesem Grund sollen die Bezirksbeiräte Handschuhsheim und Boxberg außerplanmäßig unmittelbar nach der Beratung im Kulturausschuss mit der Thematik befasst werden. Eine formelle Vorberatung im Ausländerrat/Migrationsrat und im Jugendgemeinderat ist wegen des Zeitfensters leider nicht mehr möglich. In den nächsten regulären Sitzungen werden diese beiden Gremien selbstverständlich über den aktuellen Sachstand in Kenntnis gesetzt.

Bei der Einrichtung der Werkrealschule neuen Typs zum Schuljahr 2010/2011 sind zunächst nur die jetzigen Klassen 5 bis 7 eingebunden. Die jetzigen Klassen 8 werden im neuen Schuljahr als Klasse 9 den Hauptschulabschluss nach den alten Bildungsplänen ablegen. Der Standort für diese Klasse ist mit allen Beteiligten abzustimmen.

Werkrealschulen und Hauptschulen sind ab Schuljahr 2010/2011 per Gesetz Wahlschulen und haben somit keine Schulbezirke mehr. Schulträgern bleibt übergangsweise jedoch die Möglichkeit eröffnet, bis längstens zum Ablauf des Schuljahrs 2015/2016 Schulbezirke einzurichten.

3. Entwicklung der Hauptschulen zu Werkrealschulen in Heidelberg

Die Geschwister-Scholl-Schule ist die einzige Hauptschule in Heidelberg, die eine stabile Zweizügigkeit besitzt. Somit ist diese Schule die einzige Hauptschule in Heidelberg, welche nach Aussage des Gesetzes zur Einführung der Werkrealschulen die besten Voraussetzungen besitzt, um das pädagogische Konzept der neuen Werkrealschule optimal verwirklichen zu können. Die Geschwister-Scholl-Schule hat bereits der Stadt Heidelberg mitgeteilt, dass sie zum Schuljahr 2010/2011 eine Werkrealschule neuen Typs werden möchte. Die Gesamtlehrerkonferenz und die Schulkonferenz haben bereits einen entsprechenden Beschluss dazu gefasst.

Auch die Internationale Gesamtschule Heidelberg hat den Antrag auf Einrichtung einer Werkrealschule gestellt. Das neue Konzept der Werkrealschule soll an der Internationalen Gesamtschule in der Orientierungsstufe in Klasse 5 und Klasse 6 und im C-Zug (Hauptschulabschluss) in den Klassen 7 bis 9 umgesetzt werden. Die Schülerzahlen entsprechen den Vorgaben des Landes, dass eine zweizügige Hauptschule Werkrealschule neuen Typs werden kann. Gleichzeitig hat das Regierungspräsidium Karlsruhe der Stadt Heidelberg mit Schreiben vom 12. Oktober mitgeteilt, dass beim Kultusministerium bislang keine konkreten Überlegungen bekannt sind, dass und gegebenenfalls mit welchen Modifikationen, zum Beispiel Änderung der in der Verordnung festgelegten Stundentafel, die Klassen mit C-Niveau an der Internationalen Gesamtschule an das Werkrealschulkonzept angepasst werden sollen. Dennoch wird die Stadt Heidelberg – auf Wunsch der Internationalen Gesamtschule – den Antrag auf Einrichtung einer Werkrealschule unterstützen. Ursprünglich beabsichtigte die Stadt Heidelberg der Werkrealschule an der Internationalen Gesamtschule ebenfalls einen Schulbezirk zuzuweisen. Dazu bat die Stadt Heidelberg das Regierungspräsidium um eine rechtliche Stellungnahme. Im Antwortschreiben vom 12. Oktober heißt es dazu: „Die in § 107 Schulgesetz gesondert geregelten Schulen besonderer Art werden vom Wortlaut des neue gefassten § 25 Absatz 1 Schulgesetz nicht erfasst. Daher gilt diese Regelung, auch soweit es sich um Klassen mit C-Niveau handelt, für die Schulen besonderer Art nicht. Schulen besonderer Art hatten und haben künftig keinen Schulbezirk...Demnach können in die Klasse 5 der Schulen besonderer Art Schüler aufgenommen werden, die das Ziel der Grundschule erreicht haben und im Gebiet des Schulträgers wohnen. Werden mehr Schüler angemeldet, als aufgenommen werden können, hat die Schule mit Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde ein Auswahlverfahren festzulegen...Damit ist die Internationale Gesamtschule Heidelberg für alle Schüler der Stadt Heidelberg grundsätzlich frei wählbar.“

Da die neue Werkrealschule an der Internationalen Gesamtschule keinen Schulbezirk hat, ist es sinnvoll, auch alle anderen Werkrealschulen ab dem Schuljahr 2010/2011 als Wahlschulen zu führen, die dann auch keine Schulbezirke mehr haben.

4. Notwendige Konsequenzen und Perspektiven für die Heidelberger Hauptschulen

Die Stadt Heidelberg muss als Schulträgerin bei der Frage der Einführung von Werkrealschulen in Heidelberg eine klare Position einnehmen. Dabei sind neben den pädagogischen Gründen auch die finanziellen und baulichen Konsequenzen zu berücksichtigen.

4.1. Geschwister-Scholl-Schule

Für die Geschwister-Scholl-Schule, welche die einzige stabile zweizügige Hauptschule ist, soll der Antrag auf Einführung der Werkrealschule für das Schuljahr 2010/2011 gestellt werden. Somit wird sichergestellt, dass für viele Schülerinnen und Schüler eine optimale Förderung gegeben ist, welche die Möglichkeit eines weiteren Bildungsgangs zur Mittleren Reife beinhaltet. Die Geschwister-Scholl-Schule als Werkrealschule bleibt weiterhin eine Ganztagschule.

4.2. Internationale Gesamtschule Heidelberg

Die Internationale Gesamtschule Heidelberg möchte ebenfalls Werkrealschule werden. Das Konzept der Werkrealschule muss ab Klasse 5 umgesetzt werden. Falls die Internationale Gesamtschule Heidelberg die Genehmigung zur Werkrealschule erhält, würden sich zwei Werkrealschulen im Süden von Heidelberg befinden.

4.3. Waldparkschule

Die Waldparkschule hatte in den letzten Jahren sinkende Schülerzahlen zu verzeichnen. Im Schuljahr 2008/2009 hatte die Waldparkschule in der 5. Klasse nur noch 21 Schülerinnen und Schüler und konnte in dieser Klassenstufe nicht mehr zweizügig geführt werden. 15 dieser Schüler kamen aus der Emmertsgrundschule und 6 Kinder aus der Waldparkschule. Dieser Trend setzt sich im Schuljahr 2009/2010 fort. Wiederum besteht die neue 5. Klasse nur aus 21 Schülerinnen und Schülern. Zusätzlich ist auch festzustellen, dass viele Kinder der Waldparkschule mit Hauptschulempfehlung die Orientierungsstufe der Internationalen Schule Heidelberg besuchen.

An der Waldparkschule ist mittlerweile keine stabile Zweizügigkeit mehr gegeben und die Schule kann keine Werkrealschule werden. Deshalb soll der Hauptschulzweig der Waldparkschule geschlossen werden. Bestehende pädagogische Konzepte der Waldparkschule, die vor allem der Berufsorientierung dienen, sollen an den neuen Standorten integriert werden.

Für die verbleibende Grundschule würde die Möglichkeit bestehen, mit einer benachbarten Kindertagesstätte ein Bildungshaus zu gründen. Da sich die Schule bereits ein Sportprofil gegeben hat und mittelfristig sich auch ein Naturprofil geben möchte, könnte zusätzlich eine Kooperation mit dem Europäischen Laboratorium für Molekularbiologie eingegangen werden.

Die Waldparkschule wird zur Zeit umfangreich saniert. Dazu wurden auch Finanzmittel des Bundes im Rahmen des Konjunkturpaketes bewilligt. Deshalb muss eine schulische oder vorschulische Nutzung auch nach Auszug des Hauptschulzweiges in diesem Gebäude bestehen bleiben. Momentan werden Gespräche mit der Französischen Vor- und Grundschule geführt, ob diese Schule ihren Standort an die Waldparkschule verlegen möchte. Da die Französische Vor- und Grundschule ebenfalls ein naturwissenschaftliches Profil besitzt, könnte dies zu einer engen Kooperation zwischen Waldparkgrundschule und Französischer Vor- und Grundschule führen.

4.4. Heiligenbergschule

Die Heiligenbergschule ist die einzige Hauptschule im Norden von Heidelberg. Der Schulbezirk dieser Hauptschule umfasst die Stadtteile Ziegelhausen, Neuenheim und Handschuhsheim. Im Schuljahr 2008/2009 gab es an der Heiligenbergschule nur 14 Schülerinnen und Schüler der 5. Klasse. Zum Schuljahr 2009/2010 wurden ebenfalls nur 14 Schülerinnen und Schüler für die 5. Klasse der Hauptschule angemeldet. Festzustellen ist, dass die Grundschulen, die im Schulbezirk der Heiligenbergschule liegen, eine hohe Anzahl von Schülerinnen und Schülern mit Gymnasialempfehlung haben. Auch die Grundschule Ziegelhausen und die Mönchhofschule haben einen sehr hohen Anteil an Gymnasialempfehlungen. Die Grundschule der Heiligenbergschule hatte im Schuljahr 2008/2009 nur zwei Kinder mit Hauptschulempfehlung. 10 Kinder besuchten nach der Grundschule eine Realschule, 32 Kinder ein Gymnasium und 7 Kinder die Internationale Gesamtschule Heidelberg.

Einige Hauptschüler der Heiligenbergschule sind stationär in einer Einrichtung der Jugendhilfe aufgenommen. Sowohl das Paulusheim als auch das Luise-Scheppler-Heim lagen im Schuljahr 2008/2009 im Schulbezirk der Heiligenbergschule. Bedingt durch die Standortverlagerung des Paulusheims von Ziegelhausen nach Rohrbach werden die Kinder des Paulusheims nun die Internationale Gesamtschule besuchen. Dadurch wird die Hauptschülerzahl an der Heiligenbergschule weiter sinken. Die Heiligenbergschule kann keine Werkrealschule neuen Typs werden.

Die Entscheidung an der Heiligenbergschule den Hauptschulzweig aufzugeben, ermöglicht für die verbleibende Grundschule neue Perspektiven. Im Rahmen der Verlässlichen Grundschule und der außerschulischen Betreuung gibt es seit Jahren an der Heiligenbergschule einen steigenden Bedarf. In den letzten Jahren war es sehr schwierig, geeignete Räume für die Betreuungsangebote an der Heiligenbergschule zu finden. Mit dem Auszug der Hauptschule kann dieses Problem gelöst werden. Ebenso kann die nicht befriedigende räumliche Situation beim Mittagstisch verbessert werden. Gleichzeitig könnte der mögliche weitere Ausbau des Betreuungsangebotes an der Heiligenbergschule die Nachfrage nach Betreuungsplätzen im Stadtteil Handschuhsheim auffangen. Dadurch kann sich die Betreuungsnachfrage an der Tiefburgschule entspannen.

Für die verbleibende Grundschule würde sich die Entwicklung zu einem Bildungshaus mit der städtischen Kindertagesstätte Furtwänglerstraße anbieten. Da die städtische Kindertagesstätte an das Schulgelände angrenzt, sind hier die besten Voraussetzungen für eine intensive Kooperation zwischen Kindertagesstätte und Grundschule gegeben. Bildungshäuser sind in Baden-Württemberg ein Modellprojekt zwischen Kindergarten und Grundschule, und die Fachkräfte der Kindergärten und die Lehrkräfte der Grundschulen sollen den 3- bis 10-jährigen Kindern ein gemeinsames Lernen ermöglichen.

4.5. Albert-Schweitzer-Schule

Mit der Schließung des Hauptschulzweigs an der Heiligenbergschule könnte an der Albert-Schweitzer-Schule eine stabile Zweizügigkeit sichergestellt werden. Damit wären an der Albert-Schweitzer-Schule auch die Voraussetzungen für die Antragstellung als Werkrealschule neuen Typs erfüllt. Da gerade an der Albert-Schweitzer-Schule umfangreiche Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden und werden, wäre es abwegig, diesen Hauptschulstandort zu schließen. Die Albert-Schweitzer-Schule verfügt über die Raumkapazitäten, auch die derzeitigen Hauptschüler der Heiligenbergschule aufzunehmen. Die Albert-Schweitzer-Schule wäre dann eine Werkrealschule im Halbtagsbetrieb.

Der Antrag auf Einrichtung von Werkrealschulen als Wahlschulen soll bis zum 15. Dezember 2009 beim Land gestellt werden. Die Umsetzung erfolgt zum Schuljahr 2010/2011.

5. Jugendhilfe und Schule

Der Einsatz von Schulsozialarbeit an den Hauptschulen hat sich bewährt (Beschlussvorlage im Gemeinderat vom 29.7.09 – DS 0007/2009/BV_JGR). Daher sollten an den zukünftigen Standorten der neuen Werkrealschulen die bestehenden sozialpädagogischen Kapazitäten bedarfsangemessen ergänzt werden, um keine Verschlechterung der Versorgung der Hauptschüler hinnehmen zu müssen. Ein entsprechendes Konzept zur Verlagerung der vorhandenen Ressourcen wird in Abstimmung mit den Partnern der Jugendhilfe erarbeitet und den gemeinderätlichen Gremien gesondert vorgelegt werden.

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner